



UEL

UNION DES ENTREPRISES LUXEMBOURGEOISES

---

**WAS WOLLEN  
DIE UNTERNEHMEN?**

BEITRAG ZUR WAHLDEBATTE

---

**2018**

# WELCHEN BEITRAG KANN DIE UEL ZUR WAHLDEBATTE LEISTEN?

Die Union des Entreprises Luxembourgeoises (UEL) vertritt die privaten Unternehmen Luxemburgs, alle Geschäftsbereiche zusammengenommen. Ihre Aufgabe: Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, das Arbeitsplätze schafft sowie die Sozialversicherungssysteme und den sozialen Zusammenhalt garantiert.

Im üblichen politischen Diskurs wird allzu häufig vergessen, dass Privatunternehmen eine Säule unserer Gesellschaft und die wichtigste Quelle ihres Wohlstands darstellen. Die Unternehmen sind die Zentren neuer Ideen und Innovationen, sie finanzieren den öffentlichen Sektor und die Sozialversicherungssysteme, schaffen Arbeitsplätze, bilden die Jugend aus und bieten ihr eine Orientierung. Sie sind die Schnittstelle, auf der sich Investoren, Arbeitnehmer, Kunden und Lieferanten begegnen, um Wertschöpfung und Projekte zu realisieren.

Es ist daher normal, dass die UEL sich aktiv in der sozialpolitischen Debatte engagiert, indem sie ihre Tätigkeit an den Werten der sozialen Marktwirtschaft, nachhaltigen Entwicklung und Unternehmensethik ausrichtet. Ihre Vorschläge und konkreten Initiativen verfolgen das Ziel, die Attraktivität Luxemburgs zu stärken, wobei sie die Schaffung günstiger rechtlicher und gesetzlicher Rahmenbedingungen für existierende Unternehmen fördert. Diese Vorschläge und Initiativen sind im Kontext eines Bestrebens nach qualitativem Wachstum angesiedelt. Sie werden im Detail im Beitrag der UEL im Rahmen

des Europäischen Semesters dargestellt und auf folgender Webseite debattiert: [www.uel2018.lu](http://www.uel2018.lu).

Die UEL möchte die Politik daran erinnern, dass die Wirtschaft zwar unbestritten im Dienste der Gesellschaft stehen muss, es in der Praxis aber die Unternehmen sind, die den Kern der Verschmelzung zwischen privatem und öffentlichem Interesse bilden. In diesem Sinne vertritt die UEL die Auffassung, dass es ihre Pflicht ist, sich zu ihren folgenden Prioritäten zu äußern:

- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Entwicklung der Beschäftigung
- Erziehung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung
- nachhaltige Staatsfinanzen und ein leistungsfähiger öffentlicher Sektor
- Aufrechterhaltung der Sozialversicherungssysteme und Gerechtigkeit zwischen den Generationen
- Sozialdialog, Führung der Staatsgeschäfte und administrative Vereinfachung
- nachhaltige Entwicklung, sozialer Zusammenhalt und Entwicklung des Wohlbefindens, darunter insbesondere Integration, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Verkehr, Wohnungsbau und Umwelt.

Was die Unternehmen wollen, wollen sie im Interesse des ganzen Landes und aller, die dazugehören.

# KURZÜBERSICHT



## DIGITALISIERUNG

Triebfeder für alle Initiativen

[SEITE 4](#)



## WIRTSCHAFTLICHE DIVERSIFIZIERUNG

Eine Notwendigkeit für qualitatives Wachstum

[SEITE 6](#)



## BESCHÄFTIGUNG

Im Herzen der Unternehmen

[SEITE 8](#)



## SOZIALVERSICHERUNG

Wesentliches Element des sozialen Zusammenhalts

[SEITE 10](#)



## BILDUNG UND WEITERBILDUNG

Der Bedarf an Talenten und Kompetenzen

[SEITE 12](#)



## WOHNUNGSWESEN

Zugang zu Wohnraum, eine anstehende Herausforderung

[SEITE 14](#)



## ÖFFENTLICHE FINANZEN

Nachhaltige Verwaltung der öffentlichen Finanzen

[SEITE 16](#)



## STEUERWESEN

Ein Element der Standortattraktivität

[SEITE 18](#)



## GOVERNANCE

Der Staat, Triebfeder des Wirtschaftswandels

[SEITE 20](#)



## SOZIALE VERANTWORTUNG DER UNTERNEHMEN

Eine Strategie als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung

[SEITE 22](#)



# DIGITALISIERUNG

Triebfeder für alle Initiativen

Die Digitalisierung hat in den vergangenen Jahren an Fahrt gewonnen und ist eine unumgängliche Voraussetzung auf allen Ebenen geworden. Es handelt sich hierbei um eine langfristige Grundtendenz, die bereits sichtbare Auswirkungen auf globaler Ebene hervorgerufen hat.

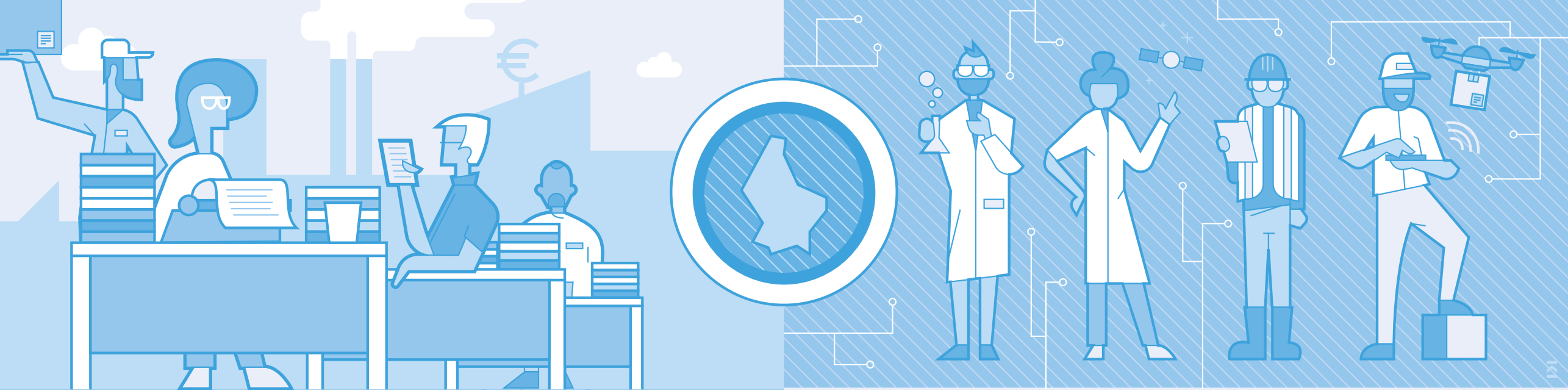
Die Digitalisierung ist dabei, die wirtschaftliche Landschaft durch eine tiefgreifende Änderung der Verbrauchsrichtlinien und Verfahren zur Herstellung von Gütern und Erbringung von Dienstleistungen sowie des Arbeitsmarkts umzuwälzen.

Es handelt sich hierbei um eine wesentliche Herausforderung für Gesellschaft und Unternehmen. Hierfür ist eine Änderung ihrer Strategie, Führungsorganisation und des Kooperationsumfelds erforderlich.

Die Digitalisierung stellt eine reiche Quelle an Chancen, Innovation und Kreativität dar.

## UNSERE VORSCHLÄGE:

- Die Digitalisierung im Zentrum der Wachstumsstrategie Luxemburgs verankern
- Den Staat als Motor des digitalen Übergangs positionieren. Dazu,
  - die Verfahren innerhalb staatlicher Dienststellen digitalisieren
  - das „eGovernment“ ausbauen
  - Dienstleistungen der Justiz modernisieren
  - die digitalen Infrastrukturen des Landes weiterentwickeln.
- Die Digitalisierung im Mittelpunkt aller Überlegungen der Unternehmen bekräftigen, da sie einen wichtigen Hebel zur Steigerung ihrer Produktivität und Effizienz darstellt und gleichzeitig neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnet
- Die KMU mit Hinblick auf den Übergang ins digitale Zeitalter sensibilisieren und begleiten
- Im Hinblick auf die Entwicklung von neuen produktiven und nachhaltigen Geschäftsmodellen vermehrt auf Digitalisierung, Sharing Economy und Kreislaufwirtschaft setzen, dabei gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Wirtschaftstätigkeiten gewährleisten
- Die Arbeitswelt auf die Digitalisierung vorbereiten und insbesondere durch Weiterbildung an sie anpassen
- Das Bildungswesen an die neuen Bedingungen der Digitalisierung anpassen und das digitale Wissen fördern
- Schüler und Studierende frühestmöglich mit der Digitalisierung vertraut machen



# WIRTSCHAFTLICHE DIVERSIFIZIERUNG

Eine Notwendigkeit für qualitatives Wachstum

Die Diversifizierung der Wirtschaft in neue Geschäftsfelder mit hoher Wertschöpfung stellt weiterhin eine wichtige Herausforderung für Luxemburg im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklung und Machbarkeit dar. In Anbetracht seiner technologischen Entwicklungsstufe und der hohen Arbeitskosten liegt der Vorteil Luxemburgs im Vergleich zu anderen Ländern insbesondere in den Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung und Tätigkeiten, die hohe Qualifikationen erfordern.

Die von der Regierung eingeleitete Diversifizierungspolitik, wie z.B. die Initiativen in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Space Mining und Logistik, waren erfolgreich und müssen

weitergefördert werden. Luxemburg muss sich allerdings einer starken Konkurrenz stellen, die eine andauernde Anpassung an die sich ständig ändernde Welt erfordert. Überdies ist eine Diversifizierung von Natur aus in kleineren Ländern schwieriger als in großen Ländern mit hoher Bevölkerungsdichte.

Daher müssen geeignete Rahmenbedingungen für die Erschaffung und Weiterentwicklung von Wirtschaftsaktivitäten sowohl in den neuen als auch den traditionellen Sektoren geschaffen werden, ohne deren Aufrechterhaltung eine Diversifizierung unmöglich ist.

## UNSERE VORSCHLÄGE:

- Luxemburg zu einer echten Start-up Nation entwickeln und sich dazu an bewährten Praktiken anderer Länder orientieren
- Die Aufnahme, Begleitung und Betreuung ausländischer Investoren sicherstellen
- Die Qualität der Infrastrukturen (Konnektivität, Übernahme der sektoriellen Leitpläne) weiterhin gewährleisten
- Die Unternehmen beim energetischen und ökologischen Wandel begleiten
- Geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen und die Bemühungen zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes verstärken
- Die Innovations- und Anpassungskapazitäten existierender Unternehmen stärken
- Die Gründung und Weiterentwicklung von Unternehmen wie folgt unterstützen:
  - besonders für junge Unternehmen geeignete Strukturen fördern
  - Unternehmenskultur in der Ausbildung aktiv vermitteln
  - sogenannte „Unternehmerschecks“ einführen
  - Investitionen in neue Geschäftsbereiche steuerlich fördern
  - Den Status von Selbständigen mit Hinblick auf Besteuerung und Sozialversicherung verbessern



# BESCHÄFTIGUNG

Im Herzen der Unternehmen

Die Arbeitswelt entwickelt sich rasch und ist mitten im Umbruch. Unternehmen und Arbeitnehmer stehen vor zahlreichen Herausforderungen: Digitalisierung, Alterung der Bevölkerung, neue Formen der Arbeitsorganisation, Mangel an Arbeitskräften in bestimmten Berufen usw. Es ist von wesentlicher Bedeutung, ein Umfeld und einen gesetzlichen Rahmen, insbesondere im Bereich Steuern und soziale Sicherheit, zu schaffen, die den Unternehmen ein reibungsloses Funktionieren ermöglichen und die nötigen Anpassungen an diese umfangreichen Veränderungen unter optimalen Bedingungen erlauben, ja sogar ihre Vorwegnahme zulassen.

Angesichts der zwar fragilen, aber doch positiven Wirtschaftsentwicklung zeigen die Arbeitsmarktstatistiken derzeit ein positives Bild, zu viele Stellen bleiben jedoch unbesetzt und dies nicht nur im Informations- und Kommunikationsbereich, sondern auch in anderen Sektoren (Bauwirtschaft, Banken, Hotelgewerbe usw.). Daher muss das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beseitigt werden, indem man insbesondere die Bemühungen in den Bereichen Ausbildung und Umschulung fortsetzt.

## UNSERE VORSCHLÄGE:

- Unternehmen, die versuchen, Produktivität und Attraktivität an jene des Internationalen Wettbewerbs anzupassen, unterstützen indem ihnen wie folgt die Möglichkeit geboten wird, eigene Bedürfnisse mit denen der Arbeitnehmer besser in Einklang zu bringen:
  - Entscheidungsprozesse auf Unternehmensebene verankern
  - die Arbeitsorganisation stärker an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort anpassen
  - neue Arbeitsformen berücksichtigen
  - das Bildungsangebot (technische und soziale Kompetenzen) in Einklang mit den Bedürfnissen der Unternehmen stellen
  - eine größere Anwerbung von Fachkräften fördern
  - die Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb des Unternehmens, sowie auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen
  - die Freizügigkeit von Arbeitnehmern, sowie das Homeoffice-Konzept fördern
- Durch folgende Maßnahmen die Berufstätigkeit aufwerten und die Integration auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere der Schwächsten, fördern:
  - Ersatzeinkommen dem Prinzip und ihrer Höhe nach überprüfen, um die Attraktivität von Arbeit gegenüber Inaktivität zu erhalten
  - Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung auf ihre Effizienz hin ausführlich bewerten
  - Automatismen der Lohnanpassungen abschaffen, die den Ausschluss von Arbeitnehmern oder Arbeitsuchenden mit geringen Einstellungschancen fördern
  - Gehälter an den Wert der Arbeit anpassen, um so das Prinzip von Kompetenzen, Erfahrung und Leistung anzuerkennen
  - die Bemühungen zur Effizienzverbesserung der Arbeitsagentur (ADEM) im Hinblick auf die Eingliederung von Arbeitssuchenden auf dem ersten Arbeitsmarkt fortsetzen



# SOZIAL-VERSICHERUNG

Wesentliches Element des sozialen Zusammenhalts

Gesundheit, Wohlbefinden am Arbeitsplatz, sozialer Schutz und Solidarität zwischen den Generationen stellen wesentliche Elemente dar, die zur wirtschaftlichen und sozialen Attraktivität beitragen und Voraussetzung für den sozialen Frieden sind.

Finanzierung der sozialen Sicherheit aktuell auf Prognosen, die ausgehend von einem starken Bevölkerungswachstum kalkuliert wurden, während im Zeitalter der Digitalisierung und der technologischen Veränderungen die Wirtschaft der Zukunft eher auf qualitativem als auf quantitativem Wachstum basieren muss.

Das Sozialversicherungssystem ermöglicht den Zugang zu sozialen Leistungen wie Gesundheitspflege, Kranken- und Invaliditätsversicherung, Familienleistungen usw. und wirkt somit gegen soziale Ausgrenzung.

In dem Wissen, dass im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklungsperspektive, auf wirtschaftliches und soziales Wohlergehen nicht nur der derzeitigen Bevölkerung, sondern auch der nachfolgenden Generationen zu achten ist, ist eine Reform des sozialen Modells erforderlich.

Das in Luxemburg angebotene Sozialsystem ist extrem großzügig, hat aber seinen Preis und ist abhängig von einem starken Wirtschaftswachstum. Außerdem beruht die

## UNSERE VORSCHLÄGE:

### Krankenversicherung

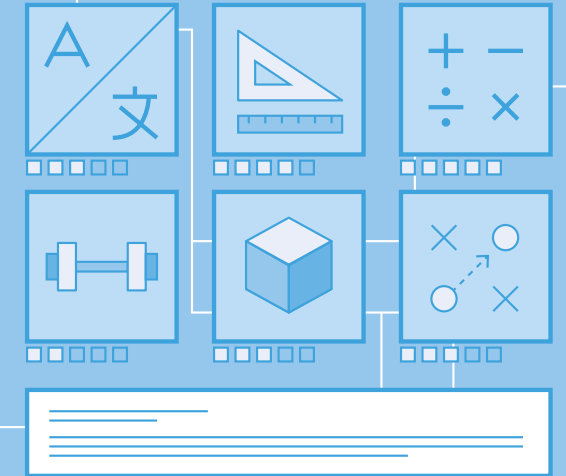
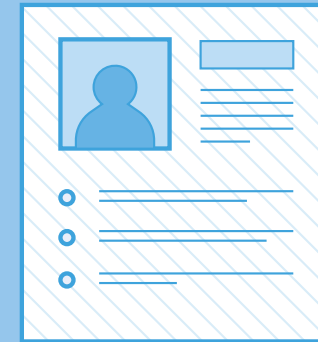
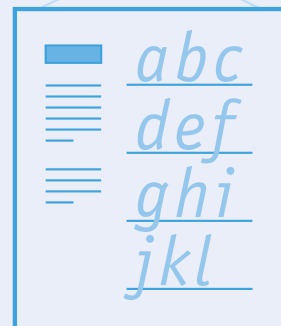
- Verwaltung und Finanzierung der Krankenversicherung hin zu mehr Kohärenz und Transparenz reformieren. Dazu
  - Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Geldleistungen) ausschließlich durch die Arbeitgeber finanzieren
  - Gleichzeitig den Ausstieg der Arbeitgeber aus Verwaltung und Finanzierung der Sachleistungen ermöglichen. Die Finanzierung der Sachleistungen würde durch die Arbeitnehmer erfolgen, wobei etwaige Verschiebungen zu Lasten der Arbeitnehmer von den Arbeitgebern durch eine Steigerung der Bruttogehälter ausgeglichen würde
- Die Sozialversicherungsbeiträge in ihrer Höhe unverändert belassen
- Die Rücklagen der Gesundheitskasse (CNS) langfristig verantwortungsbewusst verwalten
- Den missbräuchlichen Krankenstand reduzieren, durch die Fortsetzung der Bemühungen im Bereich der administrativen und medizinischen Kontrolle
- Die Governance überarbeiten und effiziente Steuerungsinstrumente bereitstellen
- Die gemeinsame elektronische Gesundheitsakte „Dossier de Soins Partagé“ (DSP) einführen um die Anlegung einer «Gesundheitsdatenbank» zu ermöglichen, was von wesentlicher Bedeutung für die medizinische Forschung und die Einrichtung einer effektiven Agentur eSanté ist
- Die Krankenversicherung effizienter gestalten, durch:
  - Liberalisierung von Überweisungen ins Ausland
  - Überarbeitung der Nomenklatur, inklusive der Einführung eines Verfahrens zu deren raschen

Aktualisierung, mit der Zielsetzung einer Steigerung von Transparenz und Gerechtigkeit

- vermehrten Einsatz von ambulanter Chirurgie
- verstärkte Leistungsspezialisierung
- verbesserte Nutzung vorhandener Ausrüstungen (im Gegensatz zu kostspieligen Neuanschaffungen)

### Rentenversicherung

- Leistungen nach dem Prinzip „Jede Leistung muss durch einen Beitrag generiert werden“ festlegen
- Rentenanpassungen von der allgemeinen Entwicklung der Gehälter trennen
- Eine mit Hinblick auf die Generationengerechtigkeit nachhaltige Lohnersatzrate festlegen
- Das offizielle Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln und Leistungen entsprechend reduzieren
- Beitragshöchstsatz und Rentenhöchstbetrag senken
- Erziehungspauschale streichen
- Den Ausbau der 2. und 3. Rentenversicherungssäule fördern, die in Luxemburg im internationalen Vergleich sehr schwach sind
- Die speziellen Rentenversicherungen des öffentlichen Dienstes auf das System der allgemeinen Rentenversicherung angleichen, beginnend mit der Einrichtung von Höchstgrenzen



# BILDUNG UND WEITERBILDUNG

## Der Bedarf an Talenten und Kompetenzen

Zielsetzung des Bildungssystems ist es, neben der Vorbereitung der Jugend auf den Arbeitsmarkt, eine bestmögliche Perspektive für das Berufsleben bieten zu können und zu vermeiden, dass Jugendliche vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Ausbildung ist in der Tat ein wesentlicher Faktor für Inklusion sowie für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung eines Landes. Die Schulbevölkerung in Luxemburg ist sehr heterogen (64 % aller Grundschüler des Schuljahres 2016/17 haben eine vom Luxemburgischen abweichende Muttersprache) und erfordert daher ein äußerst leistungsfähiges Bildungssystem, um die Herausforderungen der Wissensgesellschaft bewältigen zu können. Hinzu kommt, dass die Berichte der OECD unmissverständlich bestätigen, dass der schulische Erfolg bzw. Misserfolg weitgehend durch das soziokulturelle Milieu bestimmt wird, aus dem der Schüler kommt.

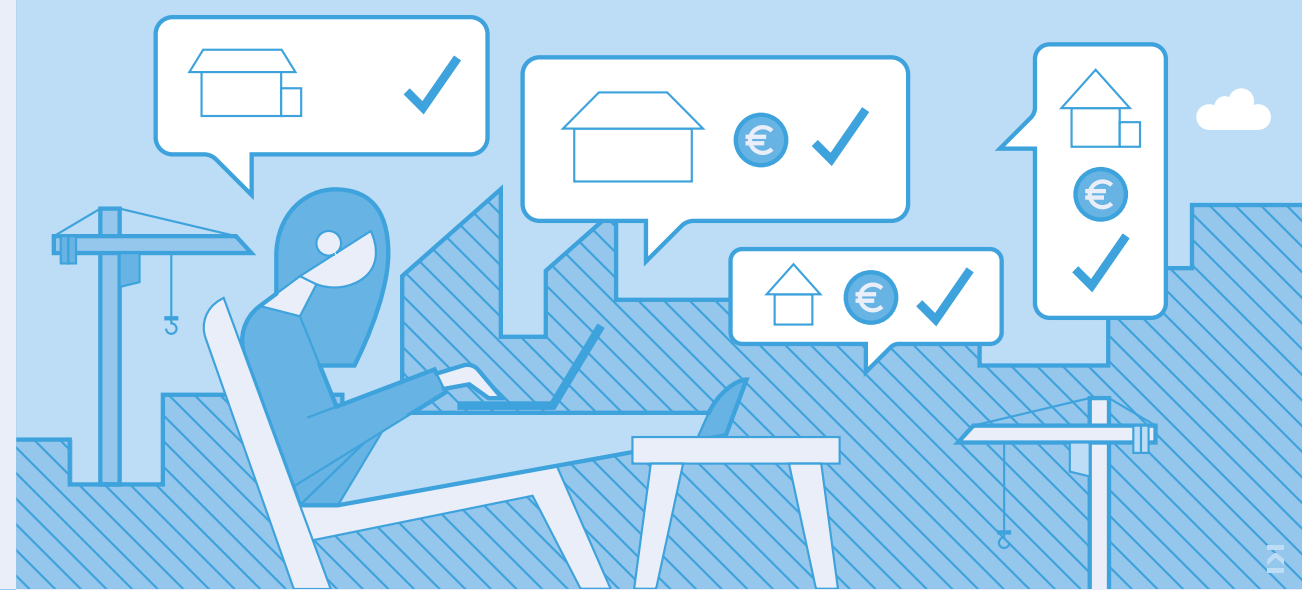
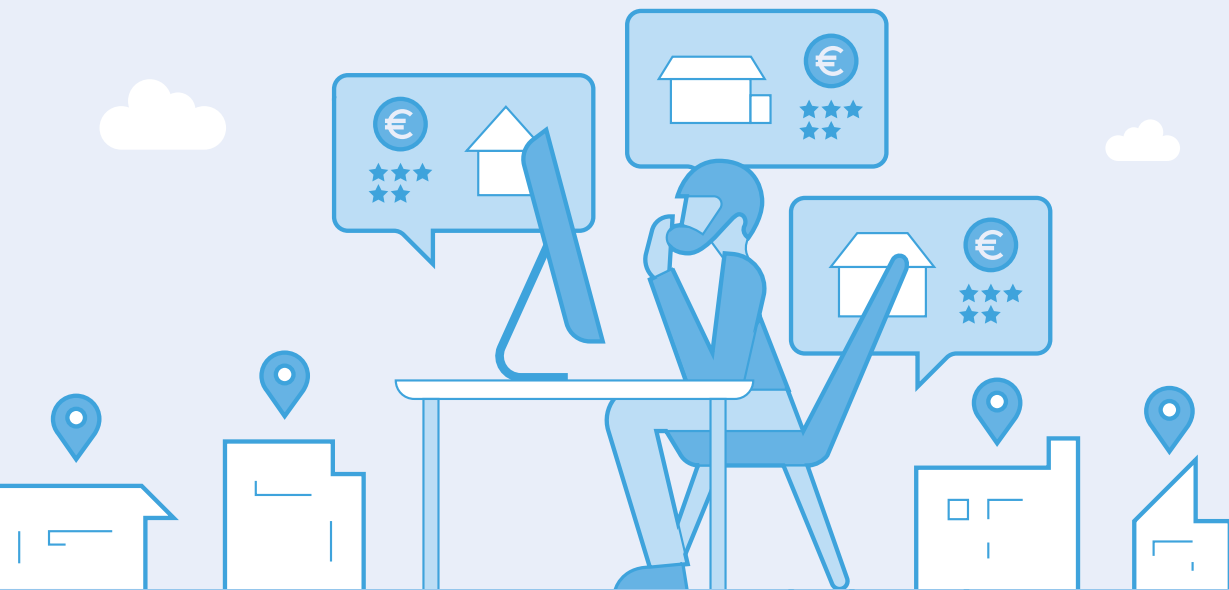
In den letzten Jahren sind Bemühungen feststellbar, wie die Verstärkung der Mehrsprachigkeit, die Neuordnung der Betreuung von Schülern mit besonderem Förderungsbedarf oder auch die Einführung einer Informatiksektion im Sekundarunterricht. Diese Bemühungen müssen fortgesetzt werden. Das Gleiche gilt für das lebenslange Lernen, das ein Instrument für Beschäftigungsfähigkeit und den Kampf gegen strukturelle Arbeitslosigkeit darstellt.

Es geht darum, die jungen Generationen bestmöglich auf ihre Zukunft in einer immer komplexer werdenden Arbeitswelt voller Möglichkeiten vorzubereiten. Das heißt, dass Bildungssystem und Arbeitswelt aufeinander abgestimmt werden müssen, um dies erreichen zu können. Ergebnisbezogene Ziele müssen festgelegt werden.

## UNSERE VORSCHLÄGE:

- Ein dualistisches Alphabetisierungssystem, sowie das Erlernen einer Zweitsprache auf einer niedrigeren Kompetenzebene in der Grundschulausbildung einführen
- Positiv orientieren: Talente und Kompetenzen schon bei den Jüngsten identifizieren und das Bild von verschiedenen Berufen und Berufszweigen aufbessern
- Misserfolge vorbeugen, Rückschläge vermeiden, die Schulabbrecherquote durch eine proaktive Förderung von schwächeren Schülern verringern
- Die Berufsausbildung dahingehend aufwerten, dass die Lehre, insbesondere das „duale“ Ausbildungssystem, in den Vordergrund gestellt wird
- Die Dauer der Sekundarausbildung von 7 auf 6 Schuljahre verkürzen, im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Systemen unserer Nachbarländer und internationalen Schulen
- Schüler, Studierende, Lehrkräfte und Arbeitnehmer gleichermaßen an den digitalen Werkzeugen ausbilden
- Sozialkompetenz, Kreativität und Innovation stärken
- Die Rolle der Lehrkräfte überdenken, die nicht mehr nur einfache Wissensvermittler sind, sondern aufgerufen sind, den Erwerb von Kenntnissen zu erleichtern, heterogene Gruppen zu leiten, zu motivieren, Verantwortlichkeit zu vermitteln und Bemühungen zu belohnen
- Ein System zur Bewertung und kontinuierlichen Verbesserung der Kompetenzen und Qualität der Lehrkräfte einführen
- Schule (Wissen) und Wirtschaft (Einsatz des Wissens) stärker miteinander verbinden, um die Erwartungen der Wirtschaft und künftigen Arbeitgebern verständlicher zu machen
- Die erforderliche Ausbildung in Zusammenarbeit mit den Unternehmen festlegen, um Kompetenzen und Einstellungschancen für Arbeitnehmer stetig verbessern zu können
- Eine Politik der lebenslangen Weiterbildung verfolgen





# WOHNUNGSWESEN

Zugang zu Wohnraum, eine anstehende Herausforderung

Hohe Immobilienpreise stellen eine Herkulesaufgabe für Luxemburg und eine erhebliche Belastung für Haushalte und Unternehmen dar.

Das Wohnungsangebot, gebremst durch einen Mangel an sofort bebaubaren Grundstücken und schwerfällige Verwaltungsverfahren, die dazu führen, dass die Wartezeiten bis zur Erteilung von Genehmigungen viel zu lang sind, kann die hohe Nachfrage nicht befriedigen. Der Engpass im Wohnungswesen entsteht nicht beim Bau, sondern durch die verzögerte Erteilung von Baugenehmigungen.

Eine Anhebung der Löhne wird das Problem der Wohnungsbaukosten nicht lösen. Angesichts der Tatsache, dass die Nachfrage über das Angebot hinausgeht, werden die Immobilienpreise immer stärker steigen als die Einkommen von Privatpersonen. Dies wird solange der Fall sein,

wie die Anzahl der gebauten Wohnungen unter der Zahl der Wohnungen liegt, die nötig wäre, um der Nachfrage einer stetig anwachsenden Bevölkerung gerecht zu werden. Daher ist dringend eine Wohnungsbaupolitik vonnöten, die stärker am Angebot orientiert ist, damit ein Gleichgewicht mit der Nachfrage entsteht.

Wohnungsbaupolitik geht einher mit einer effizienten Politik im Bereich der nachhaltigen Entwicklung (die die drei Elemente Wirtschaft, Soziales und Demographie beinhaltet), Raumordnung und Bodenverwaltung, um Grundstücksspekulationen und eine künstliche oder willkürliche Reduzierung der Verfügbarkeit von Grundstücken zu vermeiden.

Somit erfordert dieses Phänomen, das schon Jahre andauert, konkrete Sofortmaßnahmen.

## UNSERE VORSCHLÄGE:

- Das Angebot an Baugrundstücken steigern:
  - Den sektoriellen Leitplan für Wohnungsbau implementieren
  - Die Grenzen der Ballungsräume unter Beachtung der Grundsätze einer nachhaltigen Raumplanung erweitern
  - Den Baulandvertrag umsetzen
  - Die Besteuerung von Kapitalgewinnen aus der Veräußerung von Immobilien erleichtern
  - Baulücken erschließen
- Eine kohärente Wohnungsbaupolitik umsetzen, deren Governance auf der Koordinierung aller an den Entscheidungsprozessen beteiligten Akteuren beruht
- Eine nachträgliche Infragestellung von bereits als Bauland eingestuft Zonen und Grundstücken vermeiden
- Eine einzige staatliche Entscheidungsstelle im Raumplanungsbereich einrichten, um widersprüchliche Entscheidungen und lange Entscheidungsprozesse zu vermeiden
- Genehmigungsverfahren in den Bereichen Städtebau und Umweltschutz erleichtern
- Die Gebäudedichte in geeigneten Vierteln durch eine Steigerung der angestrebten baulichen Nutzung (Geschossflächenzahl) erhöhen
- Das Angebot an Mietwohnungen stärker stimulieren, alternativ zu dem Grundsatz „Jeder Bürger ist Eigentümer“



# ÖFFENTLICHE FINANZEN

## Nachhaltige Verwaltung der öffentlichen Finanzen

Die öffentliche Finanzlage Luxemburgs scheint auf den ersten Blick günstig. So verzeichneten die öffentlichen Verwaltungen 2016 einen Überschuss von 1,5% des BIP, ein Ergebnis, das gemäß den aktuellen Daten auch 2017 beibehalten werden konnte. Zudem haben die Rücklagen der Allgemeinen Rentenversicherung laut dem jüngsten Bericht der IGSS von 2017 34% des BIP erreicht (17,8 Mrd. EUR in 2016).

Diese Situation ist allerdings nur scheinbar günstig. Während der Staat sein chronisches Defizit hinter den Liquiditätsüberschüssen der Sozialversicherung versteckt, ist die positive öffentliche Finanzlage langfristig durch die erhöhten Ausgaben der Bevölkerungsalterung und die Ungewissheiten auf der Einnahmen-

seite bedroht. Außerdem basiert die öffentliche Finanzpolitik auf dem aktuellen Wachstumsmodell und seiner Fortsetzung in der Zukunft, das praktisch eine Verdoppelung von Bevölkerungszahl und Arbeitskräften bis 2050 voraussetzt.

In jeder Volkswirtschaft, insbesondere in einem so offenen Land wie Luxemburg, muss das Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen kurzfristig, vor allem aber langfristig gewahrt bleiben. Daher ist eine gleichzeitig intelligente wie vorsichtige Budgetstrategie, die Investitionen beinhaltet, ohne dass die öffentlichen Finanzen zu sehr belastet werden, erforderlich.

## UNSERE VORSCHLÄGE:

- In Zeiten guter Konjunktur einen Haushaltsüberschuss der Zentralverwaltung sicherstellen
- Das öffentliche Rechnungswesen reformieren, um eine transparente und vollständige Übersicht über die öffentlichen Mittel (darunter Immobilienvermögen und staatliche Beteiligungen) und Schulden des Staates (darunter auch die Verbindlichkeiten im Bereich Gehälter und Renten auf versicherungstechnischer Grundlage) zu ermöglichen
- Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch Feststellung der Ausgaben je Einwohner und ihrer Entwicklung, insbesondere auf der Grundlage eines internationalen Vergleichs, untersuchen
- Die Anfälligkeit öffentlicher Einnahmen berücksichtigen, insbesondere indem Einzahlungen des Staates in den Zukunftsfonds gesteigert werden. Diese Situation wird noch durch häufig sehr rigide öffentliche Ausgaben verschärft
- Die Steigerung der Ausgaben der Bevölkerungsalterung abbremsen (vgl. Kapitel „Sozialversicherung“)
- Unternehmen, welche notwendige Einnahmen zur Finanzierung des luxemburgischen Sozialsystems schaffen, einen steuerlich und sozial attraktiven Rahmen gewährleisten (vgl. Kapitel „Steuerwesen“)
- Investitionsausgaben, welche die Infrastrukturen verbessern und eine Wirtschaftsaktivität generieren, aufrechterhalten bzw. steigern
- Zusätzlichen Infrastrukturbedarf proaktiv angehen und dabei Prognosen zukünftigen Bevölkerungswachstums berücksichtigen



# STEUERWESEN

## Ein Element der Standortattraktivität

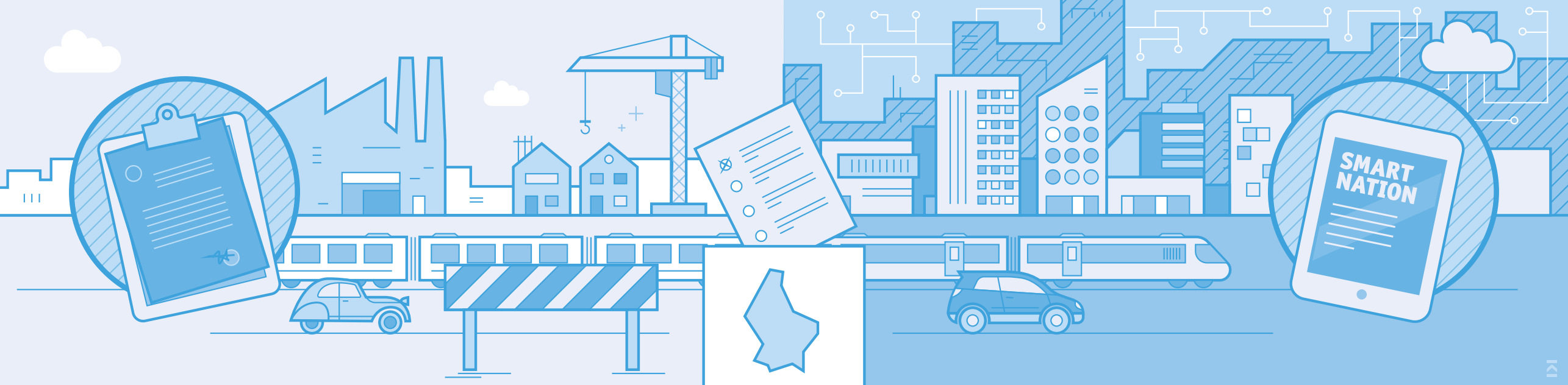
In einem bewegten internationalen wirtschaftlichen Umfeld kann eine attraktive Fiskalgesetzgebung ansässige Akteure in Luxemburg halten und sogar neue anziehen. Sie kann auch den Willen von Unternehmen, in unserem Land zu investieren, fördern oder unterdrücken.

Angesichts rechtlicher Rahmenbedingungen, die immer höhere Kosten verursachen und strenger werden, bleibt das Steuerwesen einer der wenigen Hebel, die ein Land einsetzen kann, um vermehrt ausländische Investoren anzulocken. Die von den Unternehmen zu tragende Steuerlast stellt einen der Faktoren dar, die die Wahl von Unternehmern beeinflussen, ob sie die Geschäftstätigkeit ihres Unternehmens lieber in dem einen als dem anderen Land ansiedeln, ebenso wie die Entscheidung, ihre Aktivitäten zu verlagern. Sie ist auch ein Garant der Vorhersehbarkeit für Investoren.

Die Ende 2016 verabschiedete Steuerreform steht mit dem Bestreben um eine stärkere soziale Umverteilung und eine verbesserte Selektivität von Steuervorteilen im Einklang. Die Maßnahmen zugunsten von KMU und Wohnungsbau sowie die Senkung der Unternehmenssteuersätze sind zu begrüßen. Es sind jedoch noch weitere Schritte notwendig, um den Entwicklungen hinsichtlich Erweiterung und Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen auf europäischer und internationaler Ebene Rechnung zu tragen. Eine Konsolidierung der fiskalen Attraktivität Luxemburgs wird somit benötigt.

## UNSERE VORSCHLÄGE:

- Die Steuerpolitik kohärent und effizient mit Hinblick auf die Gewährleistung von Stabilität und Vorhersehbarkeit der steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen und Investoren ausgestalten
- Körperschafts-, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag zusammenlegen, um juristischen Personen einen vereinheitlichten Gesamtsteuersatz bieten zu können, der eine administrative Vereinfachung, Transparenz und Steueranreize mit sich bringt
- Den Unternehmenssteuersatz stufenweise anpassen, um mit dem in der EU gültigen Mediansatz gleichzuziehen und eine Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage unter den BEPS-Bestimmungen zu antizipieren
- Vermögensteuer und Quellensteuer auf Kapitalvermögen schrittweise abschaffen
- Unternehmensübertragungen erleichtern
- Die Abzugsfähigkeit von Kapitalkosten bei Eigenkapital (ähnlich wie bei Fremdkapital) einführen
- Investitionsreserven auf Ebene der KMU steuerlich begünstigen um deren Eigenfinanzierungskapazität zu stärken und regelmäßige Investitionen in Produktionsmittel zu steigern
- Unternehmen durch eine attraktivere steuerliche Behandlung dazu veranlassen, für ihre Mitarbeiter ein Zusatzrentensystem einzurichten (2. Rentenversicherungssäule)
- Den niedrigsten Mehrwertsteuersatz unter den EU-Mitgliedstaaten aufrechterhalten
- Die steuerliche Attraktivität für Beschäftigte durch eine Reduzierung der Besteuerung niedrigerer Gehälter steigern
- Ein steuerlich wettbewerbsfähiges Einwanderungsregime entwickeln um in Luxemburg gesuchte Fachkräfte und Talente anzuziehen und dauerhaft zu binden



# GOVERNANCE

Der Staat, Triebfeder des Wirtschaftswandels

Für eine wirkungsvolle Verwaltung des Landes ist eine transparente und offene Politik in sämtlichen Regierungsressorts sowie eine bestmögliche Koordinierung dieser Arbeit nötig. Dies ist zum aktuellen Zeitpunkt umso wichtiger, da Luxemburg sein Wachstumsmodell an die technologische Revolution anpassen muss.

Eine Regierung, die den Anspruch hat, ihr Land als „Smart Nation“ zu positionieren, muss dafür sorgen, dass der Staat selbst eine Führungsrolle bei diesem Übergang übernimmt, was nur durch eine gute Führung der Staatsgeschäfte, ausgewogene rechtliche Rahmenbedingungen und die enge Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren möglich wird.

## UNSERE VORSCHLÄGE:

- Die unternehmerische Rolle des Staates hervorheben, um neue Wirtschaftstätigkeiten nach Luxemburg anzuziehen und zu entwickeln
- Die Rolle und Kompetenzen des Premierministers dahingehend überprüfen, als ihm eine regierungspolitische Weisungsbefugnis zugewiesen wird, welche über die ministerielle Koordination hinausgeht, und somit das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung verfestigt
- Koordinierung der Erhebung von und des Zugangs zu Daten zwischen Behörden und Gemeinden, damit eine Information nur ein einziges Mal ins System eingegeben wird
- **Verwaltungsverfahren wie folgt verbessern:**
  - Fortsetzung der administrativen Vereinfachung und Erweiterung der elektronischen Verwaltungsverfahren, einhergehend mit dem Angebot einer einzigen Informations- und Servicestelle
  - Ein einheitliches übergreifendes Verfahren einrichten, wenn mehrere miteinander verbundene Genehmigungen erforderlich sind
  - Sämtliche Wirtschaftsbeteiligten ermutigen, zur Umsetzung eines ambitionierten elektronischen Verwaltungsprogramms beizutragen



# GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG DER UNTERNEHMEN (CSR)

Eine Strategie als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung

Die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung sind von vitalem Interesse. Für die Unternehmen geht es darum, Unternehmensführung, soziales Engagement und Umweltschutz zu verbessern.

Die Interessen der Beteiligten, sei es auf Seiten der Investoren, Kunden oder Lieferanten, müssen im Hinblick auf eine Wertschöpfung für das Unternehmen unbedingt berücksichtigt werden. Die KMU müssen bei der Übernahme ihrer sozialen Verantwortungen entsprechend ihrer Geschäftstätigkeit und Größe begleitet werden. Die CSR kann ein Hebel für Leistung und Wachstum sein: bessere Risikoverwaltung, Anziehen und Halten von Talenten, Verbesserung der Kompetenzen, Optimierung der Prozesse, Entwicklung der Innovation, Steigerung der Produktivität, Zugang zu anderen Märkten,

verbessertes Image des Unternehmertums usw. Das neue Gesetz über öffentliche Ausschreibungen enthält außerdem eine nicht finanzielle Dimension, dahingehend dass Unternehmen bei einer Angebotsvorlage künftig sozialen, ökologischen und qualitativen Kriterien gerecht werden müssen.

Die CSR bezieht sich auf Themen, die Antworten auf die Erwartungen der Gesellschaft geben können, sei es auf der Ebene der Unternehmensführung (Transparenz), im sozialen Bereich (Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Diversität, Personalpolitik) und auch im Umweltbereich (ökologische Produkte, Kreislaufwirtschaft). Ein diesbezügliches systematisches Vorgehen ist im Rahmen des inklusiven und dauerhaften Wachstums angesiedelt.



## UNSERE VORSCHLÄGE:

- Sensibilisierungsbemühungen der Unternehmen mit Hinblick auf Vorteile eines Engagements im Bereich CSR unterstützen
- Die Begleitung der Unternehmen, insbesondere von KMU, bei ihren CSR-Maßnahmen fördern
- Die Schulung von Unternehmen fördern, damit diese ihre Performance im Bereich CSR bewerten und sich positionieren können
- Unternehmen dazu motivieren, ihre CSR-Vorgehensweise im Rahmen der Erteilung des Labels ESR (Entreprise Socialement Responsable) zu formalisieren
- Das ESR-Label als positives Kriterium bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen anerkennen

# UEL - KURZINFO

Die Union des Entreprises Luxembourgeoises vertritt die Unternehmen des Privatsektors, mit Ausnahme des primären Sektors, und bringt die Berufskammern und Arbeitgeberverbände des Großherzogtums zusammen. Diese Unternehmen sichern 80 % der Arbeitsplätze und erwirtschaften 85 % des BIP.

In der Überzeugung, dass die Unternehmen im Mittelpunkt der Gesellschaft stehen, setzt sich die UEL für eine nachhaltige und florierende Wirtschaft zugunsten des Landes, seiner Bewohner und derjenigen Personen ein, die hier arbeiten. Sie bemüht sich um eine für Investoren und für Fachkräfte attraktive Wirtschaft.

Die von der UEL entwickelten Initiativen basieren auf den Werten der sozialen Marktwirtschaft, der nachhaltigen Entwicklung, der Unternehmensethik, der verantwortungsvollen Unternehmensführung und der Verständigung.

Im Jahr 2007 gründete die UEL das INDR, das Nationale Institut für Nachhaltige Entwicklung und Soziale Verantwortung der Unternehmen, dessen Aufgabe es ist, die Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen (CSR) gegenüber den nationalen Unternehmen zu fördern, so dass diese zur nachhaltigen Entwicklung beitragen.



## UEL-MITGLIEDER

Luxemburger Bankenvereinigung (ABBL)  
Verband der Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften (ACA)  
Handelskammer  
Handwerkskammer  
Handelsdachverband (confédération luxembourgeoise du commerce)  
Fédération des Artisans  
FEDIL - The Voice of Luxembourg's Industry  
Verband der Restaurant-, Café- und Hotelbetreiber (Fédération Nationale des Hôteliers, Restaurateurs et Cafetiers) (HORESCA)

## KONTAKT

E-Mail : [uel@uel.lu](mailto:uel@uel.lu)

Tel. + 352 26 009 - 1

Internet : [www.uel2018.lu](http://www.uel2018.lu) und [www.uel.lu](http://www.uel.lu)

## SITZ UND BÜROS

UEL - Union des Entreprises Luxembourgeoises  
7, rue Alcide de Gasperi  
Luxemburg-Kirchberg

## POSTANSCHRIFT

Postfach 3024  
L-1030 Luxemburg

DRUCK

Imprimerie Centrale

GESTALTUNG

KAIWA | creative studio



# Wirtschaft in der Diskussion 2018

[www.uel2018.lu](http://www.uel2018.lu)

